

Wo stehen die Kandidaten im Vergleich zu ihrer Partei?

Regierungsratswahlen Smartspider-Grafiken zeigen das politische Profil

VON ELISABETH SEIFERT

Sind die einzelnen Regierungsratskandidierenden eher für eine offene Aussenpolitik? Oder: Haben sie sich eine restriktive Migrationspolitik aufs Banner geschrieben? Das sind zwei von insgesamt acht politischen Zielen bzw. thematischen Achsen, aus denen die Smartspider-Grafiken zusammengesetzt sind. Ein Wert von 100 steht jeweils für eine starke Zustimmung, ein Wert von 0 für eine Ablehnung des formulierten politischen Ziels.

Die auf dieser Doppelseite dargestellten Smartspider geben zum einen Einblick in die politischen Einstellungen der neun Kandidierenden für den Regierungsrat. Acht Grafiken sind zudem hinterlegt mit dem Profil der Partei, welcher der Kandidat oder die Kan-

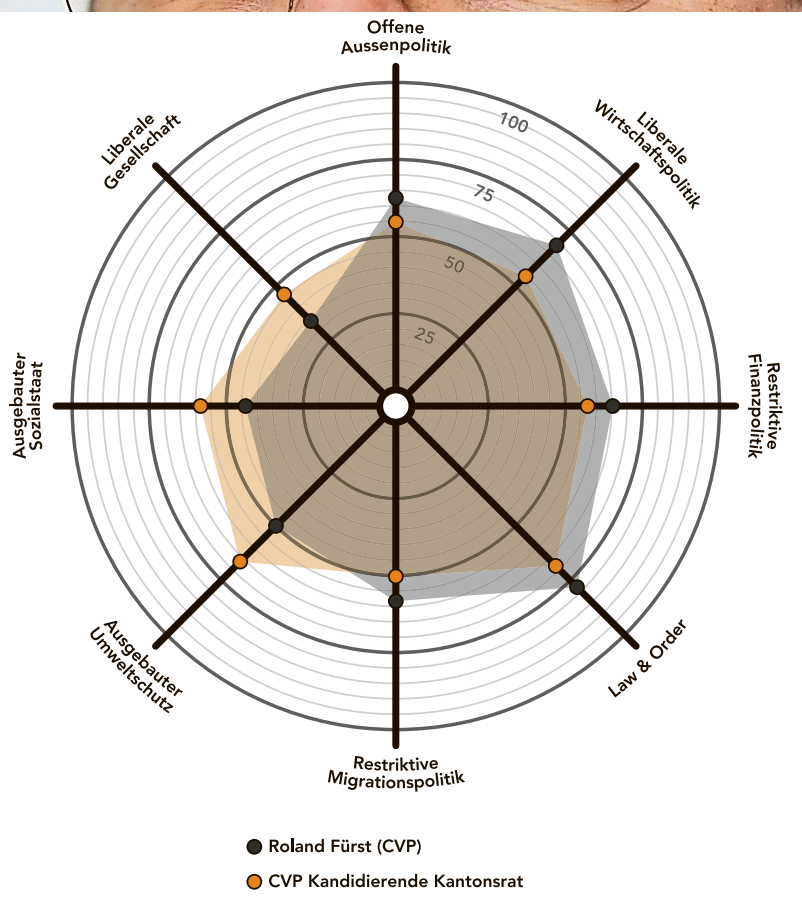
didatin angehört. Das Partei-Profil ergibt sich dabei aus der durchschnittlichen Zustimmung der jeweiligen Kandidierenden für den Kantonsrat zu den acht politischen Zielen.

Ein umfassender Fragebogen

Die acht thematischen Achsen orientieren sich inhaltlich an zentralen Themenbereichen der Schweizer Politik. Die so konzipierten Smartspider-Grafiken werden seit 2003 von der Online-Wahlhilfe Smartvote für nationale und kantonale Wahlen erstellt. Betrieben und entwickelt wird Smartvote vom politisch neutralen und nicht gewinnorientierten Verein Politools mit Sitz in Bern. Verantwortlich für die Smartspider auf dieser Doppelseite und auch für deren Auswertung ist Michael Erne, stv. Projektleiter von Smartvote.

Während die acht politischen Ziele seit Beginn von Smartvote die gleichen geblieben sind, ändern sich von Wahl zu Wahl die dazugehörenden politischen Fragen. Der Fragenkatalog für die Solothurner Kantons- und Regierungsratswahlen ist von Smartvote in Zusammenarbeit mit den Redaktionen der az Solothurner Zeitung und des Regionaljournals von Radio SRF entwickelt worden. Neben nationalen Themen liegt das Schwergewicht auf der kantonalen Politik. Der Smartvote-Fragebogen enthält 61 Fragen – gegliedert in 12 Schwerpunkte. In die Berechnung der Smartspider-Grafiken fliesst nur jener Teil der Fragen ein, die den acht Achsen zugeteilt werden können.

www.smartvote.ch
www.solothurnerzeitung.ch



Roland Fürst (CVP)

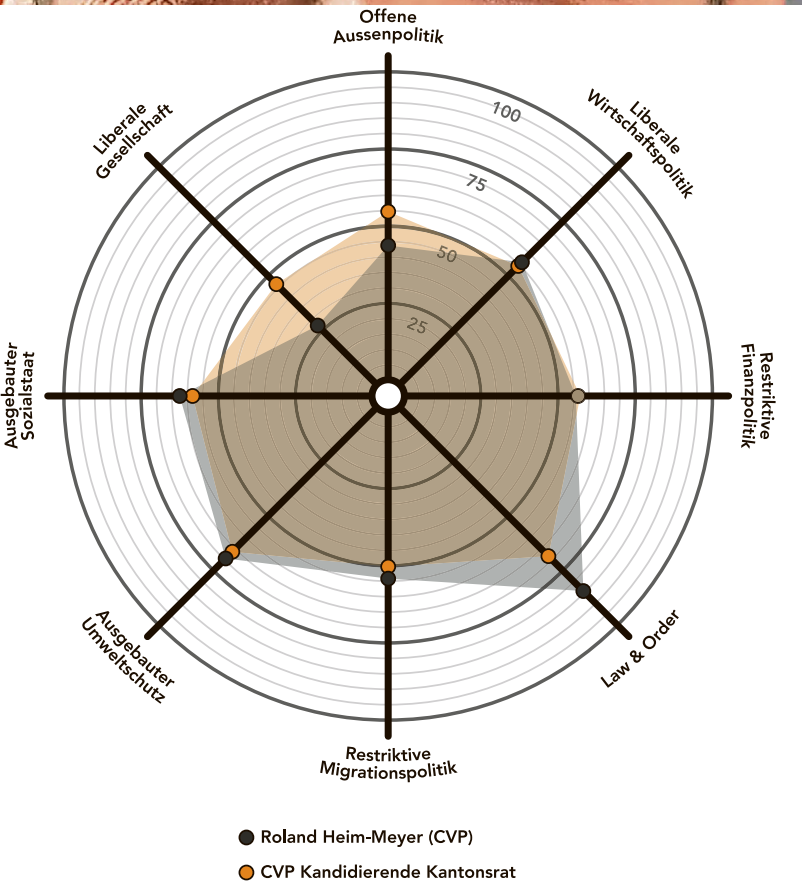
Der smartspider von Roland Fürst zeigt einen in fast allen Positionen (ausser bei der Aussenpolitik) einen etwas «rechteren» CVP-Politiker als der Parteidurchschnitt. Die Unterschiede in den Antworten zwischen Fürst und dem Durchschnitt der CVP-Kandidierenden sind zwar bei keiner Smartspider-Achse sehr gross, aber bei allen Achsen vorhanden. So befürwortet er eine Erhöhung des Rentenalters tendenziell (eher ja), während der Durchschnitt der CVP-Kandidierenden dies ablehnt. Bei der

Frage nach dem Atomausstieg vertritt er eine eher ablehnende Haltung, im Gegensatz zum Mittel der CVP-Kandidierenden. Weiter befürwortet er, dass das Jugendstrafrecht künftig mehr Gewicht auf längere Haftstrafen legt als auf Resozialisierungsmassnahmen. Die Kandidierenden der CVP sind in dieser Frage jedoch sehr gespalten, im Durchschnitt sind sie nur ganz knapp für ein strengeres Regime.

Roland Heim (CVP)

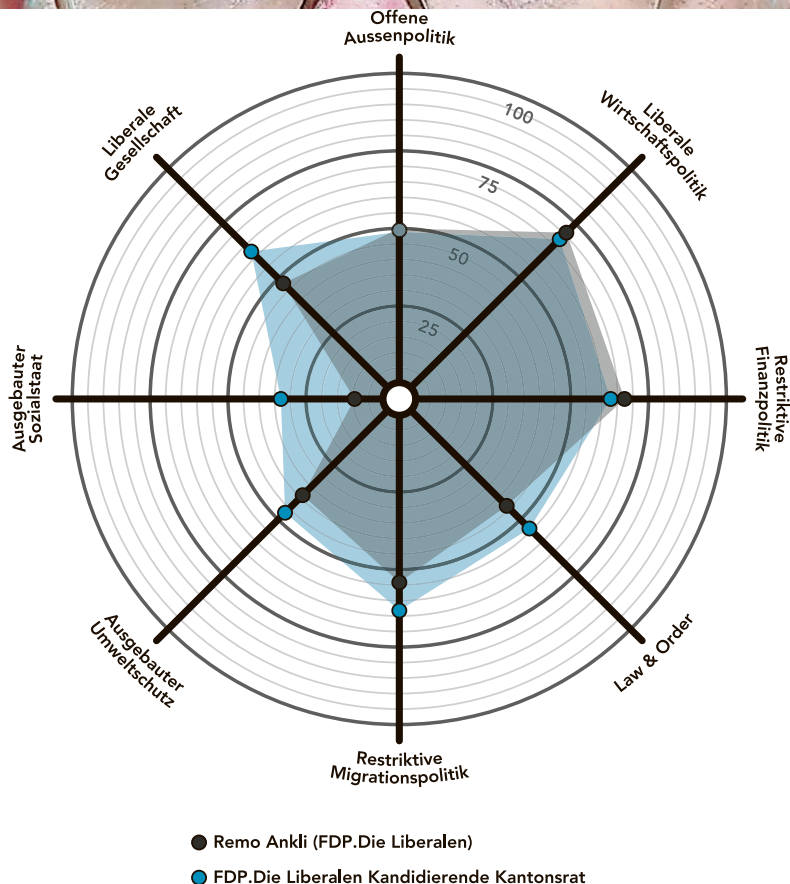
Auffallend bei Roland Heim ist, dass er bezüglich Law & Order und liberaler Gesellschaft etwas von dem Durchschnitt aller CVP-Kandidierenden abweicht. In Fragen der liberalen Gesellschaftspolitik ist er etwas zurückhaltender und bei Law-&Order-Fragen dafür etwas strenger als der durchschnittliche CVP-Kandidierende. Zeigen lassen sich diese Unterschiede beispielsweise an der Frage, ob präventive Überwachung durch Sicherheitsbehörden ausgeweitet werden soll. Dem stimmt Roland Heim klar zu, währenddem die Kandidierenden der

CVP in dieser Frage im Durchschnitt nur knapp dafür sind. Ansonsten zeigt sich, dass Roland Heim, auch im Gegensatz zu Roland Fürst, etwas stärker als der Durchschnitt der Partei für einen ausgebauten Sozialstaat und Umweltschutz ist. Er befürwortet beispielsweise die Fragen nach dem Atomausstieg und lehnt eine Rentenalter-Erhöhung klar ab.



Remo Ankli (FDP)

Beim Vergleich des smartspiders von Remo Ankli mit dem Durchschnitt aller FDP-Kandidierenden zeigt sich, dass er weniger stark für die Anliegen des Sozialstaats, einer liberalen Gesellschaft und des Umweltschutzes plädiert. So möchte er in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales weniger ausgeben. Die FDP-Kandidierenden sind im Durchschnitt zwar auch für Einsparungen, aber nicht bei der Bildung. Unterschiede gibt es auch bei den Antworten auf die Fragen, ob gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen und ob aktive Sterbehilfe durch einen Arzt möglich sein soll. Ankli lehnt Ersteres klar ab und sagt zu Letzterem «eher nein». Die Kandidierenden der FDP sind bei beiden Fragen tendenziell dafür. Übereinstimmung herrscht bei beiden FDP-Regierungsratskandidaten in Bezug auf die Positionierung bezüglich Law & Order-Politik. Sie stimmen diesem Ziel etwas weniger stark zu als der Durchschnitt ihrer Partei. Dies zeigt sich bei Ankli etwa bei seiner Ablehnung (eher nein) zu der Frage, ob Littering konsequenter gebüsst werden soll. Die FDP-Kandidierenden befürworten ein strengeres Regime gegen Littering im Durchschnitt klar.



Esther Gassler (FDP)

Tendenziell ist Esther Gassler, wie für Exekutivmitglieder üblich, in ihren Forderungen etwas weniger strikt als der Durchschnitt ihrer Partei. Dies zeigt sich vor allem in einer etwas weniger deutlichen Zustimmung zu einer liberalen Wirtschaftspolitik, zu einer restriktiven Finanzpolitik und im Bereich Law & Order. Im Bereich Finanzen etwa befürwortet sie im Gegensatz zu ihrer Partei eine Steuererhöhung. Im Vergleich zu den Kandidierenden ihrer Partei plädiert sie für einen stärker ausgebauten Umweltschutz. Deutlich wird dies vor allem beim Atomausstieg, den Esther Gassler eher befürwortet, die Kandidierenden ihrer Partei im Durchschnitt aber eher ablehnen. Esther Gassler befürwortet zudem klar das neue Raumplanungsgesetz, ihre Partei ist in dieser Frage gespalten. Deutlich weniger klar als ihre Partei spricht sich die Volkswirtschaftsdirektorin für eine offene Aussenpolitik aus. Unterschiede gibt es vor allem bei den Fragen, ob die Schweiz eine aktive Aussenpolitik verfolgen soll und ob ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU abzuschliessen ist. Beides lehnt Esther Gassler ab. Ihre Partei ist hier weniger deutlich.

